

Inzeller CSU diskutiert die Flüchtlingsproblematik mit MdB Klaus Steiner

Anerkennung und Respekt wurde der Arbeit der ehren- und hauptamtlichen Betreuerinnen der Inzeller Flüchtlingsunterkünfte ausgesprochen. Bürgermeister Hans Egger und die CSU Ortsvorsitzende Annette Schneider lobten das herausragende persönliche Engagement der Helferinnen.

Momentan werden in der Unterbringung Berghof 55 Asylbewerber aus 8 Nationen betreut. In Fantenberg sind es 22 Personen. Es herrsche eine gute Atmosphäre unter den Flüchtlingen, geprägt von gegenseitiger Hilfsbereitschaft.

„Wir sind froh, dass es bei uns so ruhig abgeht – die Akzeptanz der Menschen kommt aus früheren Jahren, in denen es im Berghof immer wieder Asylbewerber gab. Um diejenigen, die bleibeberechtigt sind, muss sich unsere Gemeinde auch kümmern.“ So Bürgermeister Egger. Den Bemühungen des Landrats Siegfried Walch sei es zu verdanken, dass die Flüchtlinge möglichst gerecht im Landkreis verteilt werden.

Der Landtagsabgeordnete und CSU Kreisvorsitzende Klaus Steiner stellte dann die Gesamtsituation der Flüchtlingsproblematik in Bayern mit klaren Worten dar. „Die Stimmen der Verbände, Politik und Wirtschaft, die sagen, wir können diese Flüchtlingsströme nicht mehr stemmen, werden immer lauter.“

Durch das Erreichen der Kapazitätsgrenzen stehe die Akzeptanz der Flüchtlinge auf der Kippe.

Aktuell überschreiten 12.000 Flüchtlinge die Slowenische Grenze in Richtung Österreich und Deutschland. Polizei und Grenzbehörden seien vollkommen überfordert. „Uns droht der Kollaps!“



„Es ist unchristlich den Flüchtlingen die heile Welt vorzugaukeln. Die Menschen auf der Flucht erwarten, dass sie in Deutschland willkommen sind. Sie erwarten sich eine Wohnung, gute Ausbildungschancen und Arbeit. Doch diesen Erwartungen kann unser Land nicht gerecht werden. Mittlerweile müssen die Menschen, die in Freilassing ankommen, auf Brücken übernachten.“

Ein Großteil der Asylbewerber seien Analphabeten und zuerst müsse die deutsche Sprache, Grundlage für Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt, erlernt werden – was schwierig und mühsam sei. Nur ca. 10 % der berechtigten Asylbewerber sind momentan für den sofortigen Einsatz auf dem Arbeitsmarkt geeignet. „Der Druck in unserer Leistungsgesellschaft ist enorm – vielen droht das Abrutschen in den Niedriglohnbereich.“ Durch verkürzte Einzahlungen in das deutsche Rentensystem sei Altersarmut die Folge.

Die CSU halte nach wie vor die Einrichtung von Transitzone als wichtiges Instrument der Begrenzung des Flüchtlingsstroms. Die Transitzone sollen vor allem auf Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten abzielen, also Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Ghana und dem Senegal. Nach Artikel 18a des Asylverfahrensgesetzes können Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten und Flüchtlinge ohne Ausweise innerhalb der Transitzone abgewiesen werden. Ihr Asylverfahren wird noch vor Ort, also vor ihrer faktischen Einreise durchgeführt. So lange darf der Flüchtling die Unterkunft nicht verlassen. Über die Asylgesuche würden Mitarbeiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) oder entsprechende geschulte Bundespolizisten im Schnellverfahren entscheiden. Kinder oder Jugendliche, die ohne Eltern oder andere nahe Verwandte fliehen, sollen nicht in den Transitzone festgehalten werden.



Damit Flüchtlinge ohne Aussicht auf eine Bleibeperspektive nicht nur wegen Geldzahlungen nach Deutschland kommen, sollen diese in Erstaufnahmeeinrichtungen künftig Sachleistungen bekommen.

„Wir schaffen das“ wird nur funktionieren, wenn das umgesetzt wird, was bisher an Maßnahmen eingeleitet wurde: Nicht berechtigte Asylbewerber müssen konsequent und sofort abgeschoben werden, um Kapazitäten für eine sinnvolle Unterstützung der wirklichen Kriegsflüchtlinge zu haben.

A. Schneider
CSU OV Inzell